

mitte drin

Ausgabe 05 / 2016 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Mit Leidenschaft und überzeugenden Argumenten in den Wahlkampf

Außerordentliche Mitgliederversammlung am Nauener Platz – Auftakt am REFO-Campus

Mit viel Leidenschaft und nicht ohne Spaß wollen die LINKEN in Wedding, Gesundbrunnen und Moabit in den Wahlkampf ziehen. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung im Haus der Jugend am Nauener Platz berieten am 12. April die Direktkandidaten für das Berliner Abgeordnetenhaus aus den dortigen Wahlkreisen (WK) mit Genossen und Sympathisanten Strategien und konkrete Vorhaben.

Widerständig, manchmal radikal müssen wir die Debatten über die Sorgen der Bewohner anfeuern, verlangte Tobias Schulze (WK 7). „Wir sind eine soziale Partei, wir wollen verändern. Dabei müssen wir das für die Armen und Benachteiligten feindliche Programm der AfD auseinandernehmen, uns klar von der Politik von SPD und Grünen abgrenzen, über-



Startbereit: Steve Rauhuts „Unimog-Info-Mobil“ Foto: Benjamin Gross

zeugend unsere Alternativen im Interesse der Menschen aufzeigen.“

Christian Ottos (WK 6) Hauptanliegen ist die verstärkte direkte Bürgerbeteiligung. Steve Rauhut (WK 4) will in den kommenden Wochen vielseitige Multiplikatoren gewinnen, um das Wahlprogramm der DIE LINKE allerorts zu präsentieren. Verbündete saßen auch in den Betriebsräten von Siemens oder der Charité, in der Kulturszene. In einer Wortmeldung wurde verlangt, nicht den Mittelstand in den Wahlkreisen, der nicht weniger unter Problemen und Ängsten leide, zu vergessen.

Bis zum Wahlsonntag am 18. September bleibt noch genug Zeit. Diese soll ausgiebig genutzt werden für den Wahlkampf. „Jeder potentielle Wähler muss uns mindestens einmal leibhaftig gesehen, mit uns gesprochen haben“,

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Nicht über die Köpfe der Berliner hinweg regieren!

Das muss aufhören, sagt Christian Otto. Der Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 6 will, dass bürgerschaftliches Engagement Ernst genommen wird, vor allem, wenn es um die Stadtentwicklung geht. Matthias Herold wollte wissen: Wie packst Du das an?

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Irene Runge liebt Berlins Mitte, nämlich trotz . . .

. . . coffee-to-go in Pappe und Plaste und gelegentlich überquellender Mülltonnen. Sie erfreut sich an täglich neuen Begegnungen in der Kastanienallee oder am Hackeschen Markt: gute Laune, schöne Menschen, und die Sonne scheint – na gut, nicht immer.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Berliner Gemeinschaftschulen haben die Nase vorn

Vom gemeinsamen Lernen gewinnen alle Schüler – von der ersten bis zur zehnten Klasse. Dass die Gemeinschaftsschule ein Erfolgsmodell ist, zeigt auch eine neue wissenschaftliche Studie. Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW Berlin, will mehr solcher Schulen.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ weitersagen +++ weitersagen +++

BERLIN NAZIFREI

Für ein solidarisches Berlin

Demonstration am 7. Mai – 13 Uhr Hackescher Markt

www.nazifrei.berlin

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337

Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,

Do. bis 19 Uhr

Aus der BVV

BVV in Frühlingsstimmung

So allmählich, Stück für Stück, trotz manchem frischen Tage zwischen durch, bricht sich nun endlich der Frühling Bahn. Jeder kann es beobachten, auch die Bezirksverordneten. Und vielleicht genau darin mag es begründet gewesen sein, dass die BVV-Tagung im April die (bislang) kürzeste dieser Legislaturperiode wurde. Alle wollten irgendwohin in die Stadt oder einfach schnell nach Hause, um noch ein Stück von diesem schönen Frühlingsabend zu genießen.

Aber Spaß beiseite: Die Tagesordnung bot diesmal schlicht nicht die ganz „heißen“ Themen und so ging es ausnahmsweise etwas entspannter zu. Doch bleiben wir ruhig beim Frühling. Der ist ja bekanntermaßen der Auftakt zur warmen Zeit im Jahr und man verlässt wieder öfter die eigenen vier Wände. Nicht nur, aber gerade für Gehbehinderte und Senioren spielt da die Barrierefreiheit ihrer Wege eine große Rolle. So sind zum Beispiel auf der Fischerinsel barrierefreie Verbindungen nicht überall gewährleistet. Im Zusammenhang mit den voraussichtlichen Bauarbeiten am Mühlendamm dürfte zudem die Unübersichtlichkeit in diesem Bereich zunehmen. In einem Antrag ersuchten wir daher das Bezirksamt, die Barrierefreiheit auf der Fischerinsel zu erhalten bzw. zu verbessern, etwa mittels abgesenkter Bordsteinkanten. Auch unser zweiter Antrag zur Fischerinsel hatte mit Wegen zu tun. Nach über 20 Jahren war dem Eigentümer „aufgefallen“, dass der bisherige Standort der Glasiglus zur Entsorgung von Altglas den Berliner Bäderbetrieben gehört. Er hatte die Räumung verlangt, ein vorgeschlagener Ersatzstandort wurde vom Bezirksamt nicht genehmigt und für die zum Teil betagten Bewohner der insgesamt 480 Wohneinheiten der Fischerinsel 9 und 10 verlängerte sich somit die Wegstrecke um mehrere hundert Meter. Bleibt nun zu hoffen, dass – nach Beschluss auch dieses Antrags –

möglichst zeitnah ein neuer Standort in der Nähe des alten gefunden wird.

Doch es kann mitunter auch ein „zuviel“ an Barrierefreiheit geben. So hatte das Land Berlin im Rahmen seiner Fußverkehrsstrategie das Modellprojekt „Begegnungszonen“ installiert. Gut gemeinter Gedanke, sicherlich – alle Verkehrsteilnehmer sollen durch gegenseitige Rücksichtnahme und ein stärkeres Miteinander das Verkehrsgeschehen „gestalten“. Bordsteinkanten gibt es dann nicht mehr, auch keine Verkehrsschilder und nur bedingt Fahrbahnmarkierungen. Nach der Realisierung eines ersten Pilotprojektes in der Maaßenstraße in Tempelhof-Schöneberg regte sich jedoch vernehmbare Kritik – und zwar nicht nur von betroffenen Anwohnern und Gewerbetreibenden, sondern insbesondere auch von im Straßenraum stärker schutz- und hilfsbedürftigen Bevölkerungsgruppen wie etwa Behinderten. Wir haben das Bezirksamt daher ersucht, bei den anstehenden Planungen zur Schaffung einer Begegnungszone am Checkpoint Charlie die vorliegenden Erfahrungen kritisch auszuwerten und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ach ja, zu guter Letzt: Frühlingszeit ist jetzt auch wieder Jugendverkehrsschulzeit! Ohne weitere Aussprache folgte die BVV hier dem Votum des Schulausschusses und die Beschlussvorlage des Bezirksamtes zur Schließung der JVS in Moabit wurde zurückgewiesen. Ja ja, der Frühling. **Falko Looff**



Karikatur: Klaus Stuttmann

Die Linke – Fraktion in der BVV Mitte von Berlin

Die **Sprechzeiten** im Fraktionsbüro finden **an jedem Montag von 15 bis 17 Uhr und nach Absprache**

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon: 901 82 45 65
kontakt@linksfraktion-berlin-mitte.de

Initiativen der Linksfraktion

► **Mündliche Anfragen:**

Umsetzung Drucksache 2482/IV (Bärgida-Demonstrationsroute nicht am LaGeSo vorbeiführen) schon passiert? (Drs. 2708/IV) in der BVV direkt beantwortet

► **Dringlichkeitsanfragen:**

Konfliktpotential „Lärm“ in der Notunterkunft Levetzowstraße?
(Drs. 2703/IV) in der BVV direkt beantwortet

► **Große Anfragen:**

Mitte ist schuldenfrei – auf wessen Kosten?
(Drs. 2679/IV) in der BVV direkt beantwortet

Land stellt Bezirken weiteres Personal in Aussicht (Drs. 2682/IV) wird schriftlich beantwortet

► **Anträge:**

Planungsverfahren für die Gestaltung einer Begegnungszone am Checkpoint Charlie (Drs. 2686/IV) überwiesen in den Ausschuss für Soziale Stadt, QM, Verkehr und Grünflächen

Barrierefreiheit erhalten (Drs. 2690/IV) beschlossen

Mülltrennung nicht erschweren
(Drs. 2693/IV) beschlossen

Kostenlose Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit **Rechtsanwalt André Roesener**

- **an jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17 bis 19 Uhr im **Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“** der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und
- **an jedem dritten Mittwoch des Monats** im **Kreativhaus**, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Jeden Mittwoch im Monat

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältin **Nina Jenny Soest** und **Christian Wisch** von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich) im **LinksTreff**, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Jeden 4. Mittwoch im Monat

von 14 bis 16 Uhr
kostenlose Mieterberatung im **Karl-Liebknecht-Haus**, Raum 523, Kleine Alexanderstraße 28, 10178

DIE LINKE: Soziales Wohnungsbauprogramm für Berlin!

Berlin hat ein Problem, ein Wohnungsmarktproblem. Berlin leidet akut am Mangel an bezahlbarem Wohnraum, Wohnungen für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen und für Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Gleichzeitig werden in Berlin fast ausschließlich Wohnungen gebaut, die sich nur die Reichen dieser Stadt leisten können. Und völlig absurd ist, dass zu Gunsten dieser Luxuswohnungen bezahlbare Wohnungen in der Mitte der Stadt abgerissen werden. Berlin braucht dringend ein soziales Wohnungsbauprogramm, das mit öffentlichem Geld öffentliche Wohnungen schafft, ausreichend soziale Infrastruktur bereitstellt und öffentliche Grün- und Freiflächen erhält.

Im Wahlprogramm der LINKEN fordern wir:

- ... unsere Stadt gemeinsam zu gestalten. Stadtplanung von oben per Dekret muss der Vergangenheit angehören.
- ... eine kooperative Stadtentwicklung mit den Bürger*innen, den Eigentümer*innen, den Bezirken und dem Nachbarland und eine deutliche Orientierung an den Interessen der Einwohner*innen, statt an den Interessen von Investoren.
- ... als Grundlage für alle Planungen und Maßnahmen zur sozialen Wohnraumversorgung einen Wohnraumversorgungsbericht



Innenstadtverdichtung: Neubau Moll-/Ecke Otto-Braun-Straße für teure „Studenten-Apartments“
Foto: Matthias Thiel

einschließlich einer Wohnungslosenstatistik und darauf aufbauend ein Wohnraumversorgungskonzept mit konkreten Maßnahmen.

- ... ein Wohnungsbauprogramm, das Wohnungen für Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen schafft, die dauerhaft einer Mietpreis- und Belegungsbindung

unterliegen und auch für Transfermittel empfangende Menschen bezahlbar sind.

- ... ein ausreichendes Wohnungskontingent, um schnell und unbürokratisch Notfälle abzuwenden. Das geschützte Marktsegment für Menschen, die sich in besonderen Notlagen befinden, muss erweitert werden.
- ... die Demokratisierung der städtischen Wohnungsunternehmen. Neben den klassischen Mieterbeiräten sollen neue Mitwirkungs- und Mitentscheidungsformen gefördert, individuelle Modernisierungsvereinbarungen Standard werden, Mieterinnen und Mieter über Modernisierungsvarianten mitentscheiden können.
- ... die Unterstützung der Wohnungsgenossenschaften und gemeinnützigen Wohnungsbauträger.
- ... handlungsfähige Wohnungsämter in allen Bezirken, um die wohnungspolitischen Kompetenzen auch auf Bezirksebene ausschöpfen zu können.
- ... mehr Milieuschutzgebiete in den Bezirken. Sie schützen die ansässige Bewohnerschaft vor Luxusmodernisierung und Umwandlung der Miet- in Eigentumswohnungen.
- ... den Erhalt, die Schaffung und Pflege der wohnungsnahen Grünflächen, die Voraussetzung sind für gesunde und angenehme Lebensverhältnisse in unserer Stadt.

Sven Diedrich

Fortsetzung von Seite 1: **Mit Leidenschaft und überzeugenden Argumenten in den Wahlkampf**

erwartet Tobias Schulze. Gelegenheit dafür werde es auch bei Treffen mit Anwohnern von geplanten Flüchtlingscontainern oder bei Protesten gegen die Vertreibung von Obdachlosen in der Berlichingenstraße geben.

Der Bezirksvorsitzende der LINKEN, Thilo Urchs, kündigte an, dass sich ein Basistreffen im Mai gründlich mit der AfD auseinandersetzen wird. Die Zeitung „mittendrin“ wird vielfältige Argumente für den Wahlkampf in unserem Bezirk anbieten. „In uns steckt viel Energie“, hob Versammlungsleiter Werner Schulten hervor, „holen wir damit den arbeitenden, arbeitslosen, weniger bemittelten Berlinern die Stadt zurück!“



Willkommen zum Wahlkampf! Foto: Benjamin Gross

Mit dem UNIMOG durch den Wahlkreis

Bereits drei Tage zuvor hatte Steve Rauhut

zu einer Hofparty an der Reformationskirche in der Wiclfstraße 32 (Beusselkiez) zur Eröffnung seines Wahlkampfes in Moabit eingeladen. Dabei stellte er den zahlreichen Gästen sein gelbes Info-Mobil UNIMOG vor, mit dem er rund um den REFO-Campus viele der 55 000 Bewohner, junge Leute, Rentner, Arbeits- und Obdachlose, prekär Beschäftigte zu Gesprächen erreichen will. „115 Vereine, Organisationen und Einrichtungen habe ich schon angeschrieben. Auch erwarten wir hier den thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu einer Großveranstaltung“, teilte er mit.

Matthias Herold

Internationaler Tag der Roma im Stadtschloss gefeiert

„Wendepunkt“-Ausstellung des „Ratschlags Moabit e.V.“

Mit Live-Musik, einer Tanzgruppe, Film, Büfett und nicht zuletzt einer Ausstellung zur Geschichte und Situation der Roma-Frauen feierte das Nachbarschaftshaus „Moabiter Stadtschloss“ im April den Internationalen Tag der Roma.

„Wendepunkt“ heißt die Ausstellung im Moabiter Stadtschloss, Rostocker Straße 32b. Sie stellt die Probleme der Roma-Frauen in den

begleitet er Schulentwicklungsprozesse und kommunale Entwicklungen, berät Kita- und Schulpersonal sowie Eltern, Community-Organisationen und Ämter, entwickelt Materialien und führt Fortbildungen durch. Mit gezielten Angeboten werden alle am Bildungsprozess Beteiligten unterstützt.

www.raa-berlin.de

www.ein-quadratkilometer-bildung.org



Anspruchsvolle Dokumente über größte Minderheit Europas

Vordergrund. Denn die Roma-Frauen sind doppelt, manchmal auch dreifach diskriminiert: In ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der Roma, als Frauen und als „Fremde“. Und sie gehören der größten europäischen Minderheit an. Zeit, sie gerade in Deutschland wahrzunehmen.

Die Ausstellung ist zwar nicht gerade raumgreifend, aber inhaltlich umso anspruchsvoller. Sie basiert auf dem Konzept des Buchs „Wendepunkt. Empowerment + Emanzipation + Partizipation = Roma-Frauen“ von Gordana Herold, herausgegeben von der Romane Romnja Initiative (Das Buch liegt auch zur Ausstellung aus). Themen sind weibliche Rollenbilder, ein Leben in Ausgrenzung, Zugänge zur Gleichberechtigung und die Bedeutung aktiven Engagements.

Die Veranstaltungen sind ein Kooperationsprojekt mit „Ein Quadratkilometer Bildung“ des Vereins Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA). Seit 1991

Wie der Name schon sagt, bietet der Moabiter Ratschlag e.V. im Stadtschloss auch selbst Beratungen an, dazu kreative Freizeitbeschäftigung, Lernangebote und eine öffentliche Bibliothek. Für ein menschliches Miteinander gibt es nachbarschaftliche Unterstützung sowie Möglichkeiten für Ehrenamt und Engagement. Als Partner von Schulen hat sich der Moabiter Ratschlag ein riesiges Aufgabenfeld gestellt: „Schulsozialarbeit mit Einzelfallhilfe, Gewaltfreie Konfliktlösungen, Soziales Lernen, Elternarbeit, Beratung von Lehrern und Erziehern, Kunst- und Kulturprojekte, Kulturvermittlung, Übergang Kita - Grundschule, Grundschule - Oberschule bzw. an der Oberschule Schule - Beruf, Akquise von Praktika und Begleitung, Beratung zur beruflichen Orientierung, Bewerbungstraining.“

www.moabiter-ratschlag.de

Rainer Scholz

Bei anderen gelesen

► **Schlaffe Demokraten**

Der rechte Rand in Deutschland erstarkt immer mehr. Das ist das Versagen der großen Parteien. Sie drängeln sich in der Mitte. Es muss eine Kernidentität der Parteien geben, die nicht verhandelbar ist, die nicht anpassbar ist, die sich keinem Sachzwang unterordnet, für die im Zweifelsfall auf die Macht verzichtet wird. Der westlich geprägte Kapitalismus ist in seiner Krise dabei, einen neuen Faschismus zu gebären. Und es sieht nicht danach aus, als hätten Liberale oder gar Linke genügend Kraft, sich dem entgegenzustellen.

„Der Freitag“, 15.04.2016

► **Ich bin das Elend des 21. Jahrhunderts**

Es ist keine Tragödie, einen Menschen aus einer anderen Umwelt als Nachbarn zu bekommen. Eine Tragödie ist es, sein Land verlassen zu müssen und dann monatelang auf die Familienzusammenführung zu warten. Und so schnell fliehen zu müssen, dass man sich nicht einmal mehr umdrehen kann, um sich mit einem letzten Blick von dem Ort verabschieden zu können, an dem man einst Freunde hatte. – Eine Kolumne von Nather Henafe Alali in

„Der Spiegel“, 09.04.2016

► **Irrsinn ist „in“**

Irre – das ist ein Modewort aus der Jugendsprache, um Begeisterung auszudrücken. Irre müssen jene sein, welche nicht bereit sind, den selbsternannten Weltherrschern freiwillig Zugang zu den Reichtümern ihrer Völker zu gewähren – und das trotz des Wissens um die Schlagkraft der hochgerüsteten NATO. Mit der Welt verändert sich auch der Weltsicherheitsrat. Er ist zwar noch nicht zu einem Weltunsicherheitsrat mutiert und hat bisher „nur“ Kriege gegen Libyen und die Elfenbeinküste „bewilligt“. Doch Kriege verhindern konnte und kann er bei all dem Irrsinn nicht mehr.

„RotFuchs“, Nr. 219 April 2016-04-14

► **Die Einheitswippe kippt**

Wir haben schon ein Denkmal für die deutsche Einheit. Das Brandenburger Tor. Jedes andere ist überflüssig. Die Wippe war von vornherein unbeliebt. Sie kann nicht annähernd die tatsächlichen Machtverhältnisse darlegen. Wie sonst ist es möglich, dass durchgehend seit Beginn der Afghanistaneinsätze der Bundeswehr immer an die 80 % der Bevölkerung dagegen sind und das trotzdem keinen Einfluss auf die Entscheidung der Ausrichtung der deutschen Außenpolitik hat. – Lesermeinung in

„Der Tagesspiegel“, 13.04.2016

Kurznachrichten

► **Der Weltklimawandel ist kein Gerücht!**

Der Februar 2016 hatte weltweit die wärmste Durchschnittstemperatur seit dem Beginn der Messungen im Jahr 1888. Dieser Wert steht nicht allein. Die fünf jemals gemessenen höchsten Abweichungen vom langjährigen Durchschnitt liegen in den Monaten davor. Nach dem Spitzenreiter Februar steht auf Platz zwei der Januar 2016 mit einer Abweichung von 1,13 Prozent und auf Platz drei der Dezember 2015 mit 1,11 Prozent.

► **Das deutsche Steuersystem setzt "Fehlansätze"**

Diese Beurteilung fällt die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ein Vergleich ihrer 34 Mitgliedstaaten ergab: In der BRD schulden die Arbeitnehmer die höchsten Lasten an Steuer- und Sozialabgaben. Verantwortlich dafür sei u.a. das geltende Steuersystem, das fehlerhafte Anreize setzt, vor allem bei der Steuer für Immobilienbesitz. Damit sind sicher weder Häuslebesitzer noch Schrebergärtner gemeint.

► **Ostdeutsche arbeiten länger als Westdeutsche**

2015 brachten sie es im Durchschnitt auf 1.436 Stunden. Das waren 77 Stunden mehr als für Westdeutschland errechnet wurden. Der Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung von Bund und Ländern hat diese Zahlen ermittelt. Die längste durchschnittliche Arbeitszeit gab es in Thüringen mit 1.454 Stunden. Danach folgen Brandenburg mit 1.444 Stunden und Sachsen-Anhalt mit 1.431 Stunden. Im Westen betrug die durchschnittliche Arbeitszeit 1.359 Stunden.

► **Nun wird das letzte freie Grundstück am Alex bebaut**

Aber das wird auch etwas Besonderes: 19 Geschosse für das größte Motel One der BRD. Der Bau wächst hinter dem Cubix-Kino an der Grunerstraße. In den beiden unteren Ebenen sollen Ladengeschäfte und Restaurants Platz finden. Darüber gibt es 16 Etagen mit 708 Zimmern und oben drauf thront eine Skybar. Bestimmt mit Himmelsblick und wohl auch mit entsprechenden Preisen. Das Haus soll im Herbst 2017 eröffnet werden.

► **Stromkunden saßen im Düstern – immer mehr Nichtzahler**

Im Jahre 2014 haben die Stromversorger 6,3 Millionen Kunden mit der Stromabschaltung gedroht, weil sie säumige Zahler waren. Das schriftliche "Du, Du...!" hat bei 95 Prozent der Bummelanten geholfen: aber bei 352.000 Abnehmern wurde tatsächlich das Licht ausgeknipst. Das waren schon mehr als 2013. Da kam es "nur" zu 345.000 Abschaltungen, und 2012 waren es mit 320.000 Sperrungen sogar noch weniger.

Menschen in Mitte

Christian Otto: Nicht länger über die Köpfe der Berliner hinweg regieren!

In Berlin wird über unsere Köpfe hinweg regiert“, sagt Christian Otto, Direktkandidat der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 6 für das Abgeordnetenhaus. „Ich möchte das ändern!“ Jüngstes drastisches Beispiel dafür ist für ihn die durch Senat und Bezirksamt Mitte „versäumte“ Bürgerbeteiligung bei der beabsichtigten Bebauung am Mühlendamm. „Im Eilverfahren wurden die 74 großen Bäume des Areals gefällt, die Anwohner rundum vor fertige Tatsachen gestellt“, prangert der 35-jährige Erziehungswissenschaftler an. Zwei Bürgergespräche hatte er gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Stadtteilaktiv organisiert, den Baustadtrat Spallek (CDU) an den Tisch geholt. „Dieser räumte nun mindestens ein halbes Jahr Zeit für wenigstens die Teilhabe an den Bauplanungen ein. Wir bleiben am Ball.“

Kommunikation, die Vernetzung von Politik, Verwaltung und Bürgern, bürgerschaftliches Engagement generell in allen Fragen der Stadt will Christian Otto zu einem Hauptthema im Berliner Parlament machen. „Dafür müssen Ressourcen geschaffen werden, die notwendigen Gesetze, Räume für die Aktivitäten der Bürger, geschultes Personal in den Ämtern und die finanziellen Mittel“, fordert das in Frankfurt/Oder geborene und aufgewachsene Mitglied des Berliner Landesvorstandes der LINKEN. „Die derzeit den 50 Stadtteilzentren insgesamt zur Verfügung stehenden fünf Millionen Euro sind doch ein Witz! Sozialarbeit im weitesten Sinne gilt mittlerweile als unsichere und prekäre Beschäftigung“, kritisiert er.

In seinem Wahlkreis Soldiner Kiez/Pankstraße, wo er wohnt, sucht Christian Otto in diesen Wochen vor dem 18. September vielfältige Kontakte zu den Bewohnern, besonders gern zu jungen Leuten, vor allem mit Migrationshintergrund. In sozialen Vereinen, Klubs, Jugend- und Fraueneinrichtungen, bei Sport- und Kulturgruppen will er seine Standpunkte vorstellen und diskutieren, für Zustimmung werben. Wo es sich anbietet, will er seine Gitarre mitnehmen.

Wenn Christian Otto nicht im Wahlkampf steht, engagiert er sich im Stadtteilzentrum KREATIVHAUS auf der Fischerinsel,



Jung und voller Elan für unsere Stadt

organisiert Bürgerforen und Stadtteilkonferenzen, leitet einen Fitnesskurs für Senioren, bereitet momentan das Fest der Nachbarn am 27. Mai mit vor. Besonders am Herzen liegt ihm das reibungslose Ankommen der Flüchtlinge in der Nachbarschaft. Hilfe vor Ort, wo die Menschen mit Problemen konfrontiert sind, dass ihnen nur die Flucht als letzter Ausweg bleibt, leistete er aber schon einmal in Uganda. Als Mitglied des Deutschen Fördervereins - Hilfe für ehemalige Kindsoldaten und afrikanische Kriegsoffer e.V. in Gulu griff er Betroffenen auf dem Weg in ein neues Leben, zum Beispiel beim Bau von Häusern, unter die Arme.

Auf Abruf unterstützt der rührige junge Mann als wissenschaftlicher Mitarbeiter den verkehrspolitischen Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Harald Wolf. „Das ist für mich eine besondere Möglichkeit wichtige Erfahrungen zu sammeln und von ihm zu lernen“, erklärt Christian Otto, „um letztlich erfolgreich für die Berliner als gewählter Abgeordneter eintreten zu können.“

Matthias Herold

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie unsere Monatszeitung „mittendrin“ per Email erhalten wollen, schreiben Sie bitte eine kurze Information an info@die-linke-berlin-mitte.de

Mit besten Grüßen

Die Redaktion

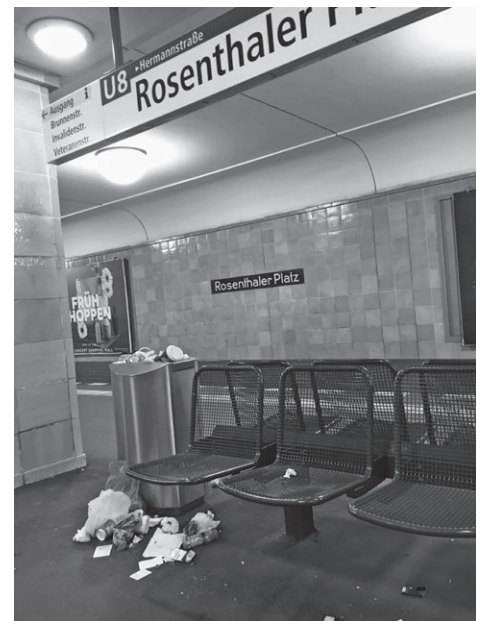
Was ich an Mitte mag und überhaupt nicht leiden kann

Die Zeitungen schreiben, Berlins Mitte ist gefährlich, und sie erwähnen auch, dass sich Leute wie ich auf Bürgersteigen von rasenden Fahrradfahrern bedroht fühlen. Schwierig sind auch dicke Trauben ängstlicher Touristen mit und ohne Rad, die als Tross jegliches Durchkommen erschweren. Gewarnt wird auch vor Taschendieben. Zwei meiner Freunde sind gerade zu deren Opfern geworden.

Manche Leute, nicht mich, stören gastronomische Tische und Stühle. Ich finde, man kann auch um Kinderwagen freundlich herumgehen. Coffee-To-Go in Pappbechern und Plasten versüßt Anderen offenbar das Leben. Berlins Öffentlichkeit wächst in jede Richtung. Nur die Verwaltung stagniert. Dass aber Berliner Graugrün weithin zum Himmel stinkt, wie wohl Hunde sich jetzt weitgehend zivilisierter entleeren, finde ich skandalös. In Manhattan folgen Sofortstrafen auf die Verbote, gibt es riesige öffentliche Mülltonnen, kräftige Straßenfeger, Massen an Ordnungshütern, wird Bußgeld kassiert, auch, wenn jemand in

städtischen Grünanlagen raucht. Doch trotz Drecks liebe ich Berlins Mitte. Im urbanen Auf- und Ab enthüllt jeder Spaziergang neue Sichten. Wo unlängst der Touristenitaliener billige Pizza teuer verkaufte, ist jetzt ein japanisches Modelabel. Nicht weit davon, am Brückenkopf vom Hackeschen Markt, hat der nette türkische Händler, der seit fast 20 Jahren am nordöstlichen Ende der Kastanienallee Obst, Gemüse und mehr verkauft, einen Lebensmittelladen eröffnet. Gespannt bin ich auf die Geschäfte im noch nicht ganz umgebauten Parterre der langen Plattenbaureihe Rosenthaler Straße.

Vom 1. Brunnenmarkt wäre noch zu berichten. Ab sofort gibt es ostwestlich der gewesenen Grenze jeweils am 1. Sonntag auf genossenschaftlichem Terrain einen Foodmarket und mehr. Tabu ist städtisches Trottoir, darum ist es eng, staut es sich dort, wo es kulinarisch duftet. Ich kaufe ersatzweise 12 Eier vom Bauern, polnischen Ziegenkäse mit schwarzem Sesam, liebäugele mit einem grünen Topf aus Emaille. Der Verkäufer sagt, in



Wenig Berliner Charme am Rosenthaler Platz

vier Wochen kommt er wieder. Gute Laune, schöne Menschen, knallblauer Himmel, Die Sonne scheint. In Eis- und sonstigen Dielen überschlägt man sich angesichts von so viel Kundschaft. Hier gibt's Kaffee und Kuchen in Steingut- und Porzellan.

Irene Runge

75. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion

Berliner Freunde der Völker Russlands verlangen Abkehr von Konfrontation

Am 22. Juni 1941 - vor genau 75 Jahren - überfiel Hitlerdeutschland die Sowjetunion, begann der Große Vaterländische Krieg, der dem sowjetischen Volk 27 Millionen Tote kostete.

„Gerade dieses zutiefst negativ beladene Datum sollte Anlass sein für die Bundesregierung, die derzeitige verhängnisvolle Abkehr von Grundsätzen des gegenseitigen Verstehens und miteinander Auskommens - offiziell strategische Partnerschaft genannt - endlich zu beenden, alles zu unterlassen, was Wasser auf die Mühlen ewig Gestriger und verdammt gefährlich Heutiger befördert“, sagt die Historikerin Dr. Sonja Striegnitz. Sie ist Mitglied des Vereins Berliner Freunde der Völker Russlands, der mit seinen über 100 Mitgliedern aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), einer Millionenorganisation in der DDR, hervorgegangen ist.

„Für unseren Verein, dem Historiker, Slawisten, Lehrer und Studenten aus ganz Berlin angehören, ist es nicht nur eine satzungsgemäße

mäßige Festlegung, sondern eine Sache der Überzeugung, eine Herzensangelegenheit, die Geschichte nicht zu vergessen, Vorgän-

ge wachzuhalten, die das freundschaftliche, friedliche Miteinander der Menschen Deutschlands und Russlands zum Wohle beider manifestieren. Die aber auch von jenem Unglück zeugen, das unsere Völker in Zeiten des Nichtverstehens, der Konfrontation und schließlich blutiger, opferreicher Auseinandersetzungen auseinander riss“, betont die ehemalige Oberassistentin und außerordentliche Dozentin an der Humboldt-Universität.

Für den 15. Juni lädt der Verein zu einem wissenschaftlichen Kolloquium „Vor 75 Jah-

ren. Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion. Beginn des Großen Vaterländischen Krieges. Sachverhalte und Wertung“ von 14 bis 19 Uhr im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in der Friedrichstraße ein.

„Allein in den vergangenen 23 Jahren kamen weit über 8000 Interessenten zu unseren 220 Zusammenkünften“, informiert Sonja Striegnitz. „Wir haben uns energisch dafür eingesetzt, dass der erste sowjetische Nachkriegskommandant Nikolai Bersarin wieder auf die Liste der Ehrenbürger Berlins gelangte, dass das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Schönholz endlich saniert wird.“ Die Freunde der Völker Russlands unternehmen Exkursionen auf den Spuren des Kampfes der Roten Armee gegen die faschistischen Truppen von der Oder bis Berlin. Nicht zuletzt leisten sie seit Jahren humanitäre Hilfe für Bedürftige im heutigen Russland, so für ein Kinderheim bei Twer.

Matthias Herold

Berliner Freunde der
Völker Russlands



Über Ankündigungen und Verlässlichkeiten

Die Koalition hat mit einem Gesetzesentwurf die Beitragsfreiheit auch für Kinder unter drei Jahren, die eine Kita besuchen, ins Spiel gebracht. Gegen beitragsfreie Bildung und Chancengleichheit für alle Eltern – egal, über wie viel oder wenig Geld sie verfügen – ist nichts zu sagen. Eine gute Idee, ein notwendiger Schritt, Bildung ein bisschen weniger vom sozialen Status und den finanziellen Möglichkeiten der Familien abhängig zu machen. Aussortiert und abgehängt wird früh genug.

Es ist nicht einfach in der Politik, wenn Ankündigungen dieser Art gemacht werden, Nachfragen zu stellen oder vielleicht sogar wissen zu wollen, ob hier in der richtigen Reihenfolge gedacht und gehandelt wird.

„Was nützt uns eine kostenfreie Kita ohne Personal und ohne Räume?“ hatte die kinder- und jugendpolitische Sprecherin meiner Fraktion, Katrin Möller, im Abgeordnetenhaus gefragt. Spielverderberin, werden da wahrscheinlich viele gedacht haben. Jetzt haben

wir hier so eine schöne und auch – wem ist es zu verdenken – wahlkampftaugliche Idee und die Linken stellen Fragen.

Dabei wäre es tatsächlich interessant zu wissen, warum die Koalition ihre Regierungszeit nicht dafür genutzt hat, die größte Zugangshürde zu einem Kitaplatz – die Bedarfsprüfung für Eltern – zu beseitigen?

„Für mich ist Kitazeit Bildungszeit“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, und das ist ein schöner Satz. Aber wäre dem so, dann dürfte gar nicht danach gefragt werden, ob die Eltern (!) in einer Situation sind, in der ihnen ein Kitaplatz zusteht. Schließlich geht es um Bildung für die Kinder und nicht um die Erwachsenen. Eine Bedarfsprüfung müsste also schon deshalb wegfallen, weil jedes Kind einer guten Bildung bedarf, die ihm ermöglicht, später ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben zu führen.

Kleinigkeiten, wird die Koalition vielleicht sagen, und Abschaffung der Bedarfsprüfung verkauft sich auch nicht so gut, schließlich sind recht viele Menschen (alles potenzielle



Wähler*innen) der Meinung, dass, wer zu Hause mit Hartz IV sitzt, sich ruhig um die Kinder kümmern kann.

Noch schwerer aber wiegt, dass die Koalition weiterhin keinen Plan hat, wie sie den akuten Personalmangel in den Berliner Kitas beseitigen und die Einrichtungen besser ausstatten will, so dass wir eine Qualität haben, die sich nicht nur im Bundesmaßstab messen kann, sondern vorbildlich ist.

DIE LINKE ist für Gebührenfreiheit. War sie schon immer. Vor allem aber ist sie dafür, dass das Gesamtproblem betrachtet und eine Lösung gefunden wird, die zu wirklich guten, mit ausreichend und anständig bezahltem Personal ausgestatteten, kostenfreien Kitas führt. Davon aber ist die Koalition meilenweit entfernt.

Carola Bluhm

Erfolgsmodell Gemeinschaftsschule

Vom langen gemeinsamen Lernen profitieren alle

Die Pilotphase seit dem Schuljahr 2008/09 war ein Erfolg: Berliner Gemeinschaftsschulen gelingt es deutlich besser als anderen Schularten, den Gedanken der Inklusion erfolgreich umzusetzen.

Die Befürchtung, dass leistungsstärkere SchülerInnen von lernschwächeren „heruntergezogen“ würden, hat sich nicht bestätigt. Im Gegenteil: Alle profitieren vom gemeinsamen Lernen von Klasse eins bis zehn. Das Kind mit Behinderungen genauso wie das hochbegabte. Egal ob aus einer Professorenfamilie oder aus einem Hartz-4-Haushalt. Die Berliner SchülerInnen haben deutlich höhere Lernzuwächse als die in vergleichbaren Hamburger Schulen.

Die neueste Teilstudie untersuchte diesmal, wie Unterrichtsmethoden auf den Lernerfolg von SchülerInnen wirken. Die Ergebnisse sind auch für die Schulen wichtig, die keine Gemeinschaftsschulen sind, sich aber weiterentwickeln wollen. Ziel sollte es jedoch sein, dass möglichst alle Schulen Gemeinschaftsschulen werden.



Gut eingerichtet für inklusiven Unterricht

Berlin braucht in den nächsten Jahren dutzende neue Schulen. Gerade bei der Integration von geflüchteten Kindern und

Jugendlichen leisten Gemeinschaftsschulen einen wichtigen Beitrag. Durch ihre erfolgreichen inklusiven Konzepte gelingt es den Gemeinschaftsschulen besonders gut, auf die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Deswegen sollten alle neugebauten Schulen von Beginn an als solche Schulen des langen gemeinsamen Lernens geplant werden.

Die Gemeinschaftsschule ist ein Erfolgsmodell, das es nur mit der LINKEN im Berliner Senat geben konnte. Auch der CDU ist es seit 2011 nicht gelungen die aus ihrer Sicht unliebsame Schulform einzustampfen. Sie hält lieber am gegliederten Schulsystem mit dem Gymnasium an der Spitze fest. Zwar hat Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) zugesichert, die Gemeinschaftsschulen zu verstetigen, aber von der Forderung von GEW BERLIN und LINKEN ist das noch weit entfernt. Es braucht eine starke Kraft, die weiterhin für die Gemeinschaftsschulen kämpft.

Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW Berlin

Das ist das Letzte

Nach neuesten Überlegungen zum „Denkmal der deutschen Einheit und Freiheit“ vor dem untertänigen Nachbau des Berliner Kaiserschlosses soll das Projekt gestorben sein. Dabei war die „Wippe“ ein toller satirischer Einfall. Solche riesige begehbare Wippe erinnert die Betrachter stets, dass die Kaiser, Könige und Kanzler das Volk immer verschaukelt haben! Und das Volk, der böse Lümmel, wollte nie begreifen, dass es immer auf und ab geht. Oder wieso 5 Prozent der Bevölkerung – dank ihrer Tresore – mehr Gewicht haben als 95 Prozent mit leeren Brieftaschen.

Aber dann wurde gefragt: Wo bleibt beim Einheits-Denkmal der dicke Kohl, der biegsame ungarische Außenminister, der kiebige Elektriker aus Danzig und der damalige Zar in Moskau? Experten warnten, dass die Wippe nicht wippen darf, wegen der Unfallgefahr und der Nistplätze für Fledermäuse. Die Nachfragen verteuerten das Monument von 10 auf 15 Millionen Euro. Na und? Was braucht der Neubau des Geheimdienstes, die Staatsoper, die Kanzler-U-Bahn oder der Großflughafen zusätzlich?

Doch dann wurde die Wippe vom Brandenburger Tor erschlagen. Das wird in aller Welt als Symbol der Einheit hofiert, fotografiert und respektiert. Notfalls kann man ja vor dem Tor noch die imposante Statue eines Wende-Helden aufstellen – zum Beispiel Pfarrer Eppelmann! Da dieser Mensch dank seiner täglichen Bartpflege eine verblüffende Ähnlichkeit mit einem gewissen Wladimir-Iljitsch Uljanow hat, könnte man, den just ausgebuddelten Kopf des Lenin-Denkmal durch den Rumpf ergänzen. Das ließe sich weit billiger noch bis zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution 2017 schaffen. Damit wäre auch erinnert, dass man vom modernen Kapitalismus keine sozialen Geschenke und vom Ochsen keine Milch erwarten darf.

Arthur Paul

Mein Migrationshintergrund

Der Begriff gehörte vor 25 Jahren noch nicht zum alltäglichen Sprachgebrauch. Aber es gab sie schon – Flüchtlinge, die Unruhen und Bürgerkrieg auf dem Balkan entkommen waren.

Sie fanden in Berlin Aufnahme. Es gab Hilfsbereitschaft, auch freundliche Zuwendung, wohl auch Zurückhaltung, Befremden, Ablehnung. In den Wohnblocks der Schillingstraße und der Alexanderstraße fanden sich leerstehende Wohnungen. Unsere „Mittendrin“ – ein Faltblatt der PDS Mitte, gerade vier Seiten im Din A4-Format – erklärte, bezog Stellung, warb um Verständnis, berichtete von eiligen, turbulenten Anwohnerversammlungen.

Heute vor 25 Jahren habe ich in der Mai-Ausgabe meinen ersten Text geschrieben, einen Bericht über die Demonstration zum 1. Mai 1991. (Wir erschienen damals erst Mitte des Monats). Seitdem hat sich unser Blättchen vielfach verändert, aus vier wurden acht Seiten, Fotos haben ihren Platz, gelegentlich auch in Farbe. Langjährige, erfahrene Mitarbeiter haben die Welt verlassen müssen, neue sind zu uns gestoßen – ehrenamtlich wie alle vor ihnen. Geblieben sind die vielen zuverlässigen Genossinnen und Genossen, die unser gemeinsames Produkt jeden Monat in ihrem Wirkungskreis verteilen.

Und über die Jahre geblieben ist auch unser selbstgewählter Auftrag: Vielseitig, sachkundig und lebendig informieren über das Leben im vergrößerten Bezirk Mitte, über die LINKE und über unsere praktische Politik in der Stadt. Das gelingt mal besser, mal weniger gut.

Ach ja, mein Migrationshintergrund: die Eltern meiner Mutter, Oma und Opa, lebten und arbeiteten im Ruhrgebiet. Oma und Opa waren um 1890 aus der preußischen Provinz

Posen in den Pütt gekommen – dort fehlten Arbeiter und es gab gutes Geld. Thomas Sawatowski, Landarbeiter, und Veronika Buchwald, Tochter eines Dorfschmieds. Sie kannten sich, stammten aus benachbarten Dörfern nahe Posen. Ihre fünf Kinder wuchsen in Wanne-Eickel auf, (dessen Mond damals noch keinen Schlagerkomponisten inspirierte). Dass Oma und Opa besser polnisch als deutsch sprachen, habe ich als Kind nie bemerkt. Das hörte ich erst, als ich sie als Fünfzehnjähriger besuchte. Sawatowskis Kinder absolvierten die Grundschule, bekamen gute Zeugnisse und alle fünf – vier Mädchen und ein Junge – erlernten einen ordentlichen Beruf. Meine Mutter war ausgebildete Friseurin, (heute wird man Friseurin). Sie heiratete einen Arbeiterjungen aus dem Ostwestfälischen, der das Schneiderhandwerk gelernt hatte – vier Kinder, ein Mädchen und drei Jungen – DDR-Aufbaugeneration. Integration perfekt.

Hein Grote



Karikatur: Klaus Stuttmann

Wir gratulieren im Mai zum Geburtstag!

- Zum 97. Gerhard Hiller
- zum 95. Erna Neuberger
- zum 91. Ingeborg Schlag
- zum 88. Gerhard Hanusch, Marlit Hartig, Irmgard Tinz
- zum 87. Ursula Eberhardt, Sabine Nathan Lieselotte Meschter
- zum 86. Ruth Claus, Hans-Joachim Ermer, Annelore Hanusch, Ursula Witt, Kurt Pätzold
- zum 85. Eva Braun, Ingomar Klein, Horst Rost, Peter Urchs
- zum 84. Holger Petersen
- zum 83. Manfred Maser
- zum 82. Herbert Schulze
- zum 81. Asbjörn Andersen, Herbert Heß, Doris Rabe
- zum 80. Bettina Beissert, Dieter Lupp, Gisela Rademacher
- zum 75. Bruno Mach

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte

der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Serinek / Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 26.04.2015

Ausgabetag für Nr. 06/2016 – 02.06.2016